



Bundesministerium
der Verteidigung

-1980025-V678-

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Andrej Hunko
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Peter Tauber

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

BETREFF

**Schriftliche Frage 4/404 des Abgeordneten Andrej Hunko vom 27. April 2020, eingegangen beim
Bundeskanzleramt am 27. April 2020**

ANLAGE

Antwort der Bundesregierung auf die oben genannte Schriftliche Frage

DATUM

Berlin, **6.** Mai 2020

Sehr geehrter Herr Kollege,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort der Bundesregierung auf Ihre oben genannte
Schriftliche Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Schriftliche Frage 4/404

„Für welche Aufgaben hat das Verteidigungsministerium zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Amtshilfeersuchen erhalten, in denen die Bundeswehr (etwa beim Objektschutz) unter anderem hoheitliche Befugnisse übernehmen sollte bzw. soll, und wie wurden diese Anträge beschieden (bitte auch mitteilen, wie viele zurückgezogen wurden)?“

Über Anträge auf Amtshilfe oder auf Unterstützungsleistungen wird nach Prüfung der jeweiligen rechtlichen Voraussetzungen des Artikels 35 Grundgesetz (GG) und der verfügbaren Ressourcen entschieden.

Nach Artikel 35 Absatz 2 Satz 2 GG kann ein Land zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall auch die Unterstützung der Streitkräfte anfordern, wobei die Bundeswehr im Rahmen dieses Einsatzes unter den besonderen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen des Katastrophennotstandes auch hoheitliche Befugnisse ausüben kann. Mithin sind ausschließlich die jeweils betroffenen Bundesländer berechtigt, Hilfeleistungen durch die Bundeswehr bei Naturkatastrophen bzw. besonders schweren Unglücksfällen auf der Grundlage des Artikels 35 Absatz 2 Satz 2 GG anzufordern.

Die Bundeswehr hat insgesamt 16 Anträge auf Unterstützung erhalten, die hoheitliche Zwangs- und Eingriffsbefugnisse zum Gegenstand hatten. Zehn davon wurden durch die Antragsteller zurückgezogen und sechs abgelehnt. Die folgende Tabelle enthält nähere Information zu den einzelnen Anträgen.

Datum	Inhalt	Status
16. März 2020	Antrag des Landesverwaltungsamts Thüringen für die Bewachung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge des Freistaats Thüringen in Suhl durch 10 Soldaten.	abgelehnt Die nach Art. 35 Abs. 1 GG beantragten Unterstützungsleistungen bargen die lagebedingte Möglichkeit hoheitlicher Zwangs- und Eingriffsmaßnahmen. Dem Antrag wurde deshalb aus rechtlichen Gründen nicht stattgegeben. Darüber hinaus wurde der Antrag am 27. März 2020 zurückgezogen. Grund: Verbesserung der Personalsituation beim Wachdienst.
18. März. 2020	Antrag des Landesverwaltungsamtes Thüringen zum selbständigen Betrieb mehrerer Erstaufnahmeeinrichtungen im Freistaat Thüringen.	abgelehnt Die nach Art. 35 Abs. 1 GG beantragten Unterstützungsleistungen bargen die lagebedingte Möglichkeit hoheitlicher Zwangs- und Eingriffsmaßnahmen. Dem Antrag wurde deshalb aus rechtlichen Gründen nicht stattgegeben.
18. März 2020	Antrag der Stadt Koblenz zur Gestellung von Personal zur Durchführung medizinischer Triage.	abgelehnt Mangels Anfordernsberechtigung zurückgewiesen.

20. März 2020	Antrag des Landratsamtes Saarpfalz-Kreis auf personelle Unterstützung für die Absicherung eines Krankenhausgeländes inklusive Betreiben einer Zutrittskontrolle (5 Soldaten).	abgelehnt Mangels Anforderungsberechtigung zurückgewiesen.
24. März 2020	Antrag des Landkreises Starnberg auf Aufbau und Betrieb einer Drive-In-Teststation für Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-19 durch die Bundeswehr, Zufahrtskontrolle durch Soldaten, Verifizierung der Probanden, Abnahme der Probe/Abstrich beim Probanden, Transport der Proben zum Labor der Bundeswehr sowie Laboruntersuchung dort, die Entsendung eines Sanitätstrupps für den Betrieb der vorgesehenen Drive-In-Teststation und Bereitstellung von Soldaten für die Zugangskontrolle zur Station.	abgelehnt Mangels Anforderungsberechtigung zurückgewiesen.
24. März 2020	Antrag des Landratsamtes Miesbach auf personelle Unterstützung für die Absicherung eines Lagergeländes inklusive Bewachung durch die Bundeswehr 24/7 (10 Soldaten).	abgelehnt Mangels Anforderungsberechtigung zurückgewiesen.
31. März 2020	Antrag des Regierungspräsidiums Stuttgart auf 15 Soldaten Wachpersonal zur Bestreifung einer Außenstelle einer Flüchtlingsaufnahmeeinrichtung.	zurückgezogen
31. März 2020	Antrag des Regierungspräsidiums Stuttgart auf 15 Soldaten Wachpersonal zur Bestreifung einer Isolierstation für infizierte Flüchtlinge.	zurückgezogen
31. März 2020	Antrag des Regierungspräsidiums Stuttgart auf 30 Soldaten Wachpersonal zur Bestreifung einer Erstaufnahmeeinrichtung.	zurückgezogen

1. April 2020	Antrag des Regierungspräsidiums Karlsruhe auf 207 Soldaten Wachpersonal für Sicherheitsaufgaben, Überwachung von Quarantänemaßnahmen und Kontrolle der Einhaltung der Ausgangssperre.	zurückgezogen
1. April 2020	Antrag des Regierungspräsidiums Karlsruhe auf 217 Soldaten Wachpersonal für Sicherheitsaufgaben, Überwachung von Quarantänemaßnahmen und Kontrolle der Einhaltung der Ausgangssperre.	zurückgezogen
2. April 2020	Antrag des Landratsamtes Weilheim-Schongau auf personelle Unterstützung der Bundeswehr für die Sicherung und Bewachung eines zivilen medizinischen Material-Lagers durch Soldatinnen und Soldaten.	abgelehnt Mangels Anforderungsberechtigung zurückgewiesen.
6. April 2020	Antrag des Innenministeriums Baden-Württemberg auf personelle Unterstützung der Bundeswehr (15 Soldaten) zur Bestreifung einer Isolierstation.	zurückgezogen
6. April 2020	Antrag des Innenministeriums Baden-Württemberg auf personelle Unterstützung der Bundeswehr (30 Soldaten) zur Bestreifung einer Isolierstation.	zurückgezogen
6. April 2020	Antrag des Innenministeriums Baden-Württemberg auf personelle Unterstützung der Bundeswehr (207 Soldaten) zur Bestreifung einer Isolierstation zur Bestreifung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen.	zurückgezogen
6. April 2020	Antrag des Innenministeriums Baden-Württemberg auf personelle Unterstützung der Bundeswehr (167 Soldaten) zur Bestreifung einer Isolierstation zur Bestreifung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen.	zurückgezogen

Das Bundesministerium der Verteidigung hat die Antragsteller darauf hingewiesen, sich mit dem Hilfeleistungsersuchen ggf. an die zuständigen Vertreter der Landesregierung zu wenden.